

## **Liebe Mitglieder und Freunde, sind wir von unserer Liebe zu Südafrika enttäuscht?**

Man kennt es: frisch verliebt, ist einfach alles schön und der Blick in die Zukunft ist rosig. Vielen ging es so mit Südafrika, als *Nelson Mandela* nach 27jähriger Haft das Ziel seines langen Weges in die Freiheit erreicht hatte. Gänsehautmomente im Wembley-Stadion 1990 und bei seiner Vereidigung zum Präsidenten am 10. Mai 1994 vor den Union Buildings, als er mit seiner unverkennbaren Sprache das Ende der Apartheid und die Versöhnung seines Landes verkündete.

Beim Erdrutschsieg des ANC in den ersten freien Wahlen triumphierte er nicht, sondern ernannte *F.W. de Klerk* zum Vizepräsidenten und erntete weltweit Respekt. Eine neue moderne Verfassung entstand. *Erzbischof Desmond Tutu* ermittelte in der von ihm empathisch geleiteten „*Truth and Reconciliation Commission*“ die Verantwortlichen für die Gräueltaten der Apartheid und bot denjenigen Vergebung an, die ihre Taten überzeugend bereuten. Alle liebten und feierten *Präsident Mandela*. Südafrika war „*everybody's darling*“ und bevorzugtes Ziel von Politikern, Unternehmern und Touristen.

Nach dem Rückzug *Mandelas* 1999 fand *Thabo Mbeki* zwar als Mentor der „*African Renaissance*“ internationale Anerkennung, aber mit seiner umstrittenen Haltung zu HIV/Aids und einer marktwirtschaftlichen Politik erreichte er die Menschen in Südafrika nicht. Er verlor den Rückhalt auch im ANC und musste am Ende vorzeitig *Jacob Zuma* weichen.

Der galt trotz bekannter Korruptionsvorwürfe als Hoffnungsträger, das ANC-Versprechen „*a better life for all*“ einzulösen. Zunächst korrigierte er die HIV/Aids-Politik und profitierte von der Fußballbegeisterung bei der WM 2010. Dann verschaffte er seinen Unterstützern lukrative Ämter und es begann im großen Stil, was die ZONDO-Untersuchungskommission als „*State Capture*“ detailliert in dem 2022 fertiggestellten Bericht beschreibt: Eine unvorstellbare Ausdehnung von Korruption und Vetternwirtschaft in Partei, Regierung und Institutionen zu einem Netzwerk mächtiger Amts- und Funktionsträger, die vor allem sich selbst und ihren Günstlingen auf Staatskosten schamlos ein „*better life*“ verschafften.

Dem seit 2019 amtierenden *Präsident Cyril Ramaphosa* ist es trotz ernsthaften Bemühens und einiger wichtiger Konsequenzen aus dem ZONDO-Bericht insgesamt noch nicht gelungen, diese dunkle Dekade in der Entwicklung Südafrikas und des ANC wirklich aufzuarbeiten.

Der Zauber des Anfangs in der Liebe zu Südafrika ist so nach 35 Jahren der Ernüchterung des politischen Alltags gewichen. Die Mühen und Schwächen der noch jungen Demokratie sind deutlich zutage getreten. Innenpolitisch sind es vor allem die Korruption, die unverändert hohe Ungleichheit und die unerfüllten Erwartungen, die zu wachsender Ungeduld der Menschen führen. Außenpolitisch die südafrikanischen Positionen zur Invasion Russlands in die Ukraine und zur dramatischen Eskalation im Gaza-Streifen vor allem im Westen Fragen auf.

Haben wir also Anlass, von unserer Liebe zu Südafrika enttäuscht zu sein? Persönlich vielleicht, wenn wir die Liebe zu diesem Land allein an unseren jeweiligen individuellen Maßstäben messen. Aber politisch sind Liebe und Enttäuschung keine geeigneten Kategorien für Wert und Bestand einer Partnerschaft.

Südafrika ist ein souveränes, demokratisches Land. Dafür haben die Menschen dort gekämpft und Opfer gebracht. Wir haben das Land dafür gefeiert und geliebt, und diese Verbundenheit ist nach wie vor die solide Basis für unsere Beziehung. Verfassungsmäßige Entscheidungs- und Kontrollmechanismen funktionieren verlässlich, auch in Krisen. Wählerinnen und Wähler stimmen in freien und gleichen Wahlen ab, und wir müssen und werden mit jedem so zustande gekommenen Ergebnis leben. Und selbstverständlich hat Südafrika ein souveränes Recht auf die Vertretung seiner Interessen und auf eigene außenpolitische Positionen.

Wenn Südafrika nach wie vor die Werte von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anerkennt, die auch wir vertreten, dann ist es auch unser aller Anstrengungen wert, diese Partnerschaft zu erhalten und zu vertiefen. Sie ermöglicht einen offenen und konstruktiven Diskurs in gegenseitigem Respekt über unsere unterschiedlichen Positionen und die gemeinsame Suche nach besten Wegen in die Zukunft.

Und dies gerade auch dann, wenn die anfänglich stark emotionale und oft unkritische Liebe in der Beziehung nach dreieinhalb Jahrzehnten eher von sachlicher Nüchternheit und politischer Vernunft geprägt ist. Mit unveränderter Zuneigung und besten Wünschen für Südafrika grüßt Sie

**Klaus Brückner**

Geschäftsführer DeSaFor e.V.



**In dieser Ausgabe:**

**Südafrika – eine enttäuschte Liebe?**  
Von Klaus Brückner

**„A grim budget statement“...**  
Von Klaus Brückner

**Das Goethe-Institut**  
Von Dr. Andreas Ströhl

**Grüße zum Jahreswechsel**  
Von H-W Bussmann

**Volkszählung 2022**  
Von Klaus Brückner

**Kleinere Parteien – Eine Auswahl**  
Von H-W Bussmann

**Democracy in a Multi-Party-System**  
Von Brian Currin

**Südafrika und das AGOA Forum**  
Von Klaus Brückner

**Introduction of the new Deputy Head of Mission**  
Von Andries Oosthuizen

**Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.**

[www.desafor.de](http://www.desafor.de)

**Kontakt:**

[info@desafor.de](mailto:info@desafor.de)

**Adresse:**

DeSaFor  
c/o K. Brückner  
Ringstraße 101b  
12203 Berlin

## „A grim budget statement“...

Von Klaus Brückner, Berlin

... so bewertet der ehemalige Haushaltsdirektor und ANC-Ökonom, *Michael Sachs*, das von Finanzminister *Enoch Godongwana* am 1.11.2023 im südafrikanischen Parlament präsentierte „*Medium Term Budget Policy Statement*“ (MTBPS). Und in der Tat: Die Präsentation der Budgetentwicklung zur Halbzeit des Haushaltsjahres 2023/2024 vermittelte ein eher trostloses Bild der Staatsfinanzen und ihrer mittelfristigen Entwicklung.

Als südafrikanischer Finanzminister weiß man, dass die Zahl der politischen Gegner proportional mit der Zahl der Probleme wächst. *Enoch Godongwana*, der sich vor seinem Regierungsamt im ANC als Wirtschaftsexperte eine hohe Reputation erworben hat, wird seit Monaten aus Parteikreisen mit Forderungen einer Lockerung seiner restriktiven Haushaltspolitik und zum Teil skurrilen Forderungen nach Erhöhung von Fördermitteln und dauerhafter Steigerung von Gehältern insbesondere im öffentlichen Dienst konfrontiert.

## Domestic economic outlook

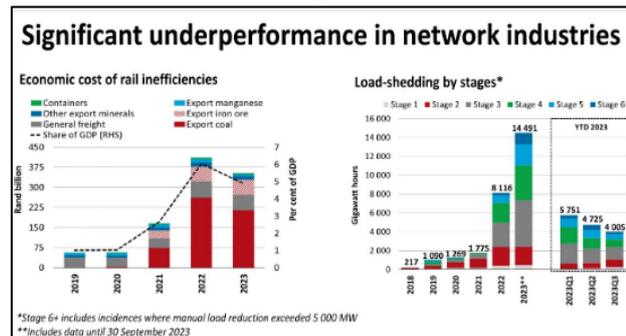
Macroeconomic performance and projections							
Calendar year	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Percentage change	Actual			Estimate	Forecast		
Final household consumption	-6,1	5,8	2,5	0,8	1,4	1,5	1,7
Final government consumption	0,9	0,5	1,0	0,6	-3,2	-0,5	0,2
Gross fixed-capital formation	-14,6	0,6	4,8	6,2	3,6	4,6	3,4
Gross domestic expenditure	-7,6	4,8	3,9	1,6	1,0	1,6	1,7
Exports	-12,0	9,1	7,4	4,2	2,1	2,6	3,1
Imports	-17,6	9,6	14,9	7,1	2,1	2,7	2,9
<b>Real GDP growth</b>	<b>-6,0</b>	<b>4,7</b>	<b>1,9</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>
GDP inflation	5,3	6,5	4,8	4,0	4,3	4,7	4,6
<b>GDP at current prices (R billion)</b>	<b>5 568,0</b>	<b>6 208,8</b>	<b>6 628,6</b>	<b>6 947,3</b>	<b>7 321,4</b>	<b>7 786,8</b>	<b>8 288,7</b>
CPI inflation	3,3	4,6	6,9	6,0	4,9	4,6	4,5
Current account balance (% of GDP)	1,9	3,7	-0,5	-2,4	-3,0	-3,0	-3,1

Source: National Treasury, Reserve Bank and Statistics South Africa

Deshalb versuchte er angesichts der ernüchternden Zwischenbilanz, die modifizierten Eckpunkte des Haushaltes in einer „Quadratur des Kreises“ aufzuzeigen: das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes nicht aufzugeben, die Personalausgaben des öffentlichen Dienstes unter Kontrolle zu halten, Verpflichtungen zur allgemeinen Daseins- und Sozialfürsorge zu erfüllen, die Finanzierung wachstumsfördernder Investitionen zu ermöglichen, den Weg für Reformen zur Stärkung der Resilienz der Staatsfinanzen zu bereiten und, nicht zuletzt, dem Präsidenten und dem ANC für den Wahlkampf 2024 zumindest einige Spielräume für positive Botschaften zu verschaffen.

## Die gesamtwirtschaftliche Situation

Dabei sind die Rahmenbedingungen noch schwieriger geworden. Die gegenwärtige Wachstumsprognose des Bruttonationalprodukts (GDP) für Südafrika liegt bei 0,8 % und damit noch einmal 0,1 % niedriger als bei der Haushaltsaufstellung. Dies ist bei



weitem zu niedrig, um all die zuvor genannten Ziele zu erreichen. Der Finanzminister sieht die Ursachen - in dieser Reihenfolge - in den Auswirkungen der 2023 besonders heftigen Stromversorgungskrise („power cuts“), in der unzureichenden Leistung des Logistiksektors sowie in der hohen Inflation und der wachsenden Schuldzinsenbelastung der öffentlichen Haushalte.

Erst am Ende seiner Ursachenanalyse stehen die Auswirkungen der schwächelnden globalen Wirtschaft (lt. IWF: 2022: - 3,5 %; 2023: - 3,0 %; 2024: - 2,9 %). *Godongwana* räumt damit ein, dass der besonders drastische Rückgang des

Wachstums in Südafrika von 4,7 % im Jahr 2021 und noch 1,9 % im Vorjahr vor allem „hausgemacht“ ist. Ökonomen schätzen, dass allein die „power cuts“ der vergangenen zwei Jahre das Wachstum um bis zu 3,0 % vermindert hat - im September 2023 hatte die Summe der „load sheddings“ nach 9 Monaten bereits die Werte des gesamten Vorjahres deutlich überschritten. Und der Minister verwies auf ein weiteres Problem mit massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes: Die ökonomischen Kosten des ineffizienten Logistiksektors, insbesondere bei Transnet (Eisenbahn) und bei den Häfen, seien seit 2021 von 2,1 % des GDP im laufenden Jahr auf deutlich über 5 % des GDP gestiegen.

## Weniger Einnahmen, mehr Ausgaben

Die Kombination von ausbleibendem Wachstum und drastisch gefallenem Rohstoffpreisen hat auch weniger Geld in die Staatskasse gespült.

Während die Einkommensteuern noch leicht anstiegen, blieben die Körperschaftsteuern mit - 35 % deutlich unter den Erwartungen. Insgesamt werden für das laufende Haushaltsjahr Steuereinnahmen in Höhe von R1.730,7 Mrd. (91 Mrd. €) prognostiziert - rund R57 Mrd. (3 Mrd. €) weniger als geplant.

Auf der Ausgabenseite sind es die Schuldzinsen, die mit rd. R420 Mrd. (21,3 Mrd. €) oder rund 20 % der gesamten Staatsausgaben die politischen Gestaltungsspielräume beschränken. Die Zinsaufwendungen für die inzwischen auf 77,7 % des GDP angewachsene Staatsverschuldung wachsen mittelfristig um jährlich knapp 9 %. Eine große zusätzliche Belastung sind die Gehälter im öffentlichen Dienst. Die diesjährigen Erhöhungen allein schlagen mit rd. R23 Mrd. (1,2 Mrd. €) zu Buche. Deren Gegenfinanzierung soll zum Teil durch Absenkungen/Einsparungen bei verschiedenen Ressorts erfolgen.

Die vom Finanzminister entschiedenen „Modifizierungen“ der Ausgabenplanung für das laufende Jahr werden von Haushaltsexperten aber durchaus kritisch gesehen, weil so substantielle Einschnitte einen Nachtragshaushalt mit erneuter parlamentarischer Beratung erfordern. Es bleibt abzuwarten, wie das Parlament die mittelfristig weiter vorgesehenen Reduzierungen bei der Haushaltsdebatte bewertet.

## Pläne und Ankündigungen

Wie so oft in der Vergangenheit analysiert der Finanzminister schonungslos die schwierigen ökonomischen und finanzpolitischen Bedingungen und mahnt einmal mehr weitreichenden Reformbedarf an. Ebenso verweist er aber auch wiederholt auf Prüfaufträge, Kommissionen und auf die Konkretisierung seiner Lösungsansätze im Rahmen der Planung des Budgets 2024/25.

So sind auch bei den von der Regierung beeinflussbaren Rahmenbedingungen wirkliche Fortschritte nur schwer auszumachen. Das gilt vor allem für die schon lange offensichtlich und zunehmend dringlich notwendigen Reformen des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel der Verschlinkung, Qualifikation und Steigerung der Effizienz. Ebenso gilt dies für die Schaffung von besseren Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln und Wachstum durch Investitionen in die zum Teil marode Infrastruktur und für die längst überfälligen Reformen der „systemrelevanten“ Staatsbetriebe.

Es scheint jedoch an der notwendigen politischen Kraft zu mangeln, die Beharrungskräfte in der Verwaltung und in den staats-eigenen Unternehmen vom Reformkurs zu überzeugen.

Die politische Zukunft des amtierenden Finanzministers ist eng mit der des Präsidenten Cyril Ramaphosa verbunden. *Justice Malala*, Kolumnist bei der *Financial Mail* titelte Anfang Oktober „Pragmatics face populist threat“ und beschrieb, wie ‚einsam‘ es im ANC um den ehemals hochgeschätzten *Edoch Godongwana* geworden ist, und dass er eigentlich nur noch vom Präsidenten gestützt werde.

Auch wenn dies überspitzt formuliert sein mag, so ist es doch offensichtlich, dass innerhalb des ANC der Druck wächst, die restriktive Austeritätspolitik ohne Rücksicht auf die Schuldenentwicklung des Landes zu beenden. Noch versucht *Godongwana*, andere Wege zur Erweiterung der Gestaltungsspielräume aufzuzeigen – etwa durch moderate Steuererhöhungen, durch attraktive Investitionsmodelle für den Privatsektor und Regeln zur Erweiterung von Public-Private-Partnership-Projekten. So gelten für ihn nun auch die in der Vergangenheit mit starker

Zurückhaltung beurteilten bzw. strikt abgelehnten Beteiligungen internationaler Organisationen an Finanzierungs-, Bau- und Betriebsmodellen als mögliche Optionen zur Entlastung. Vorschläge dafür will er mit der Vorstellung des Haushalts 2024/25 präsentieren.

Ebenfalls kündigte er an, dass er versuchen werde, einen Mechanismus zur Deckelung der Staatsverschuldung zu verankern. Dies würde ihm ein starkes Instrument

verschaffen, mit dem er unerfüllbare Forderungen abwehren kann.

Zu all diesen Vorstellungen bleibt nicht nur abzuwarten, ob die Ankündigungen in aufgeheizten Vorwahlzeiten politisch durchsetzbar sind und am Ende auch konkret umgesetzt werden können.

## Die mittelfristigen Aussichten

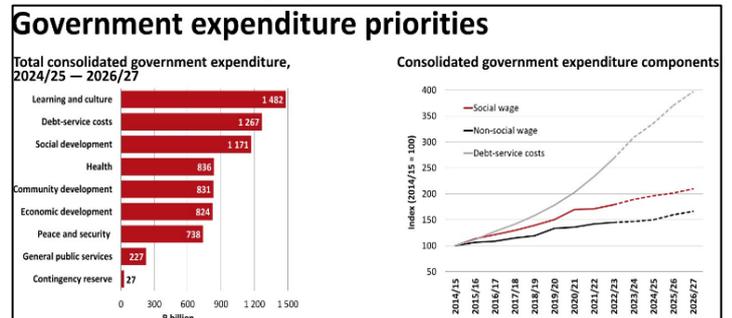
Mit Hinweisen auf ein nur geringes Einsparpotenzial innerhalb der Budgetplanung für die nächsten zwei Jahre von ca. R85 Mrd. (4,5 Mrd. €) setzt der Finanzminister auf drei wesentliche Schlüsselmaßnahmen, die den Haushalt zurück auf den Konsolidierungspfad bringen sollen:

- Beschleunigung wachstumsfördernder Strukturreformen bei der Energieversorgung und im Logistiksektor;
- Behutsame, auf Wachstums- und Investitionsförderung priorisierte Finanzpolitik, die auch Systemrisiken für die Wirtschaft vermindert;
- Priorisierung der knappen Haushaltsmittel auf vorrangige Schlüsselbereiche wie staatliche Dienstleistungen und soziale Sicherung bei Effizienzsteigerung und Vermeidung von Verschwendung im öffentlichen Sektor.

Kritische Kommentatoren weisen allerdings darauf hin, dass die Strukturreformen bei ESKOM und Transnet auch massive Entlastungen von aufgehäuften Schulden erfordern werden, für die sich weder im MTBPS noch in den Ankündigungen des Finanzministers für die mittelfristige Finanzplanung ausreichende Mittel noch andere Hinweise auf die Lösung dieses Problems finden.

Es fällt darüber hinaus auf, dass die von einem internationalen Finanzierungskonsortium im Rahmen der Transformation des Energiesektors bereitgestellten Milliardenkredite (z.Zt. 8,5 Mrd. US\$) für das „Just Energy Transition Programme“ (JETP) ebenfalls unerwähnt bleiben. Auch sie dürften die Staatsverschuldung zumindest bis zu einer möglichen Refinanzierung aus Erträgen einer technisch und

wirtschaftlich tragfähigen Energieversorgung erhöhen.



Aber auch ohne diese Unwägbarkeiten: Die offenkundig vom Finanzministerium unterschätzte Negativentwicklung des Wachstums und der verminderten Steuereinnahmen zwingt zu einer an die Realität angepassten mittelfristigen Finanzplanung.

*Godongwana* hat sich dieser Aufgabe - mutig, wie der *Business Day* schreibt - gestellt. In seiner Zusammenfassung wird er deutlich: „Insgesamt verpflichtet das Medium-Term Budget Policy Statement die Regierung, weiterhin die Wirtschaft zu unterstützen, die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren und die Sozialleistungen zu schützen“

- eine unmissverständliche Priorisierung seiner finanz- und haushaltspolitischen Agenda. Ob der ANC dem Finanzminister angesichts eines bevorstehenden Wahlkampfes folgt, muss sich erweisen.

Die Partei muss um ihre absolute Mehrheit bangen und wird versucht sein, den hohen Erwartungen der Wählerschaft mit Versprechungen entgegenzukommen. Sie werden aber nur durch eine Lockerung der von *Enoch Godongwanas* in seiner Rede zur Haushaltspolitik noch verteidigten Austeritätspolitik einlösbar.

Redaktion des Newsletters:  
DeSaFor-Vorstand

V.i.S.d.P.  
Hans-Werner Bussmann  
Vorsitzender DeSaFor

Sollten Sie den Newsletter nicht länger erhalten wollen, senden Sie bitte eine e-mail an:  
[info@desafor.de](mailto:info@desafor.de)

## Das Goethe-Institut in Südafrika Von Dr. Andreas Ströhl, Leiter des Goethe-Regionalinstituts Johannesburg



Das Goethe-Institut in Südafrika

Seit 1996 koordiniert das Goethe-Institut Johannesburg als Regionalinstitut die Arbeit in den Ländern Sub-Sahara Afrikas mit insgesamt 16 Instituten sowie mehreren Verbindungsbüros, Goethe-Zentren und Kulturgesellschaften. Unsere kulturelle Programmarbeit pflegt im Dialog mit lokalen Partnern ganz unterschiedliche Formen künstlerischer Arbeit in Bildender Kunst, Theater, Film, Tanz, Literatur und anderen Formen. Wir fördern lokale Kulturszenen gemäß deren eigener Agency sowie innerafrikanischen Dialog und Vernetzung.

Weniger an ein allgemeines Publikum als an die Akteure selbst gerichtet, findet eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Kreativwirtschaft statt mit dem Ziel, afrikanische Initiativen aus der Schnittmenge von Kultur und Entwicklung zu professionalisieren und ihnen ein Fortbestehen aus eigener Kraft zu erleichtern. Als Mitbegründer unterstützt das Goethe-Institut beispielsweise seit über zehn Jahren gemeinsam mit der Siemens Stiftung das Projekt *Music in Africa*, das sich in dieser Zeit zu einer vollwertigen Organisation entwickelt hat, die auf dem gesamten Kontinent tätig ist und sich für die Entwicklung des afrikanischen Musiksektors einsetzt.

Nicht nur angesichts der prominent geführten Restitutionsdebatte hat das Goethe-Institut Südafrika Museumskooperationen in den Blick genommen. Auch als Teil

eines kritischen Selbstverständnisses im Hinblick auf Dekolonisierung und den Umgang mit dem kolonialen Erbe wird die konzeptionelle Entwicklung von Museen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent unter der Leitung des Goethe-Instituts und eines Teams von Praktiker\*innen aus dem Kunst- und Museumsbereich unterstützt. Im Mittelpunkt der Museumsarbeit steht die Unterstützung von Museen, die den Wandel in ihren Einrichtungen vorantreiben wollen.

Unsere Sprachabteilung erteilt Deutschunterricht im Institut und auch außerhalb; sie betreut die Deutschlehrkräfte Südafrikas und arbeitet eng mit dem Erziehungsministerium zusammen. Das Goethe-Institut ist u.a. weltweit für seine Deutschkurse und anerkannten Prüfungen bekannt.

Die Nachfrage nach Sprachkursen und Prüfungen wächst in Subsahara-Afrika seit Jahren. Um diesem Boom zu begegnen, wurde ein regionales Nachwuchsprogramm ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe das Goethe-Institut vor Ort junge Lehrkräfte sprachlich und methodisch qualifiziert. Über dieses Programm wurden in den letzten fünf Jahren über 100 Lehrkräfte ausgebildet. Über Stipendien in Deutschland, das Programm *Deutsch Lehren Lernen*, lokale Schulungen und nationale Tagungen werden bereits aktive Lehrkräfte vernetzt und weiter qualifiziert.

Unternehmen und die Deutsche Außenhandelskammer haben großes Interesse an der Zusammenarbeit mit dem Goethe-



Institut, das dieses Jahr erfolgreich das zweite Business Forum durchgeführt hat, bei dem deutsche Unternehmen mit Alumni zusammengebracht wurden.

Am 3. November 2023 veranstalten wir eine große Berufsmesse, bei der namhafte deutsche Unternehmen berufliche Perspektiven aufzeigen. Es wird mit mehr als 3 000 Besucherinnen und Besuchern gerechnet. (Anmerkung: Diesen Artikel erhielten wir bereits Ende Oktober 2023.)

Seit Mitte 2023 informiert ein Team (AMIF) am Goethe-Institut Johannesburg Personen über Leben und Arbeiten in Deutschland, die sich entschieden haben, nach Deutschland zu emigrieren. Neben Informationsveranstaltungen, Prüfungsformattrainings und interkulturellen Workshops werden auch Lern- und Prüfungsstrategien vermittelt sowie Nachhilfeunterricht und Sprechtraining angeboten.

Darüber hinaus arbeiten wir mit Institutionen in den Bereichen Bibliothek, Buch- und Leseförderung in Südafrika zusammen und fördern den fachlichen Austausch innerhalb Subsahara-Afrikas und mit deutschen Institutionen. In der Bibliothek ist ein weites Spektrum an Informationen und Medien über Deutschland verfügbar. Onleihe können eBooks und andere elektronische Medien ausgeliehen werden. Außerdem verfolgt die Informationsarbeit auch seit Jahren einen Gaming-Schwerpunkt und die kooperative Entwicklung von Spielen.

Die Arbeit des Goethe-Instituts ist langfristig ausgerichtet und reagiert nicht auf tagespolitische Probleme, ist sich aber wohl bewusst, dass Kultur in einem sozialen Umfeld und einem politischen Rahmen stattfindet, der – und dies ist in Südafrika auf besonders auffällige Weise der Fall – von historischen Fakten geprägt ist. Was immer wir in Südafrika tun oder nicht tun – Tatbestände wie der Kolonialismus, Rassismus, die Apartheid sowie der infrastrukturelle, politische und wirtschaftliche Niedergang des Landes in den letzten Jahren müssen immer mit einbezogen werden.

Wie gehen wir damit um, dass die Bundesrepublik Deutschland einerseits Israel gegen über eine besondere Verantwortung trägt, andererseits aber Israel in weiten Kreisen hiesiger kultureller Akteure zuerst als ehemaliger Unterstützer der Apartheid bzw. als gegenwärtiger Apartheidstaat wahrgenommen wird?

Wie ist Deutschlands Haltung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine vermittelbar, wenn hierzulande häufig das heutige Russland mit der Sowjetunion gleichgesetzt wird, die den ANC im Kampf gegen den hiesigen Unrechtsstaat unterstützt hat?

Weniger gut informierte Menschen hören hier immer wieder, dass Preisanstieg und Währungsverfall irgendetwas mit dem Ukrainekrieg zu tun hätten, ohne dabei Details oder Fakten zu durchdringen. Was hängenbleibt, ist dann nicht selten, dass die Ukraine an beidem schuld sei.

Wie bereiten wir ausreisewillige Fachkräfte, die sich für eine Tätigkeit in Deutschland entschieden haben, optimal auf ihr Leben dort vor, ohne den ohnehin schon massiven Brain-Drain weiter zu? Und was bedeutet in diesem Zusammenhang „Integrationsförderung“? Sollten wir nicht von einer offenen deutschen Gesellschaft mit dialogischen Verhältnissen ausgehen, die ein Interesse daran hat, neue Impulse zu empfangen, anstatt im Vorhinein eingedeutschte Arbeitskräfte reibungslos absorbieren zu wollen?



## Grüße zum Jahreswechsel

Liebe Freundinnen und Freunde Südafrikas,

zu den bevorstehenden Festtagen grüße ich Sie auch im Namen des Vorstands und der Geschäftsführung herzlich und wünsche Ihnen frohe und besinnliche Stunden im Kreise Ihrer Familien und Ihrer Freunde. Das kommende Jahr möge Ihnen gute Gesundheit und in jeder Hinsicht Wohlergehen bringen. Uns allen wünschen wir – trotz aller Bilder des Schreckens, die Kriege, Hungersnöte und die Folgen des Klimawandels mit sich bringen – Zuversicht sowie die Fähigkeit und Kraft, wenigstens in unserem eigenen Umfeld zu einem friedlichen und zukunftsorientierten Miteinander beizutragen.

Die jüngsten Entwicklungen in Südafrika und die neue Ausrichtung unseres Partnerlands geben durchaus Anlass zu Irritationen und Sorgen. Wir wollen jedoch nicht vorschnell urteilen, sondern versuchen, die Hintergründe besser zu verstehen. Wir bleiben dem Land mit seinen vielfältigen Herausforderungen, vor allem aber seinen wunderbaren Menschen mit ihrem Potential und ihrem Lebensmut verbunden.

Auch im neuen Jahr wollen wir versuchen, Sie an in Deutschland nicht ohne weiteres erhältlichen Informationen, aber auch unseren Einschätzungen teilhaben zu lassen. Wir lassen den Dialog nicht abbrechen.

Ihr

**Hans-Werner Bussmann**  
Vorsitzender DeSaFor

## Volkszählung 2022 in Südafrika – 10 Millionen mehr Einwohner

Von Klaus Brückner, Berlin

11 Jahre nach der letzten Volkszählung wurde 2022 in Südafrika die 4. Volkszählung („Census“) seit den ersten freien Wahlen 1994 durchgeführt. Die Erkenntnisse aus der - pandemiebedingt - voll digitalisierten Erhebung, an der rund 70 % der Haushalte teilnahmen, wurden im Oktober 2023 veröffentlicht (Details [hier](#)):

### Bevölkerung:

62 Mio. Einwohner (2011: 51,7 Mio.); Zuwachs von 1,8 %/Jahr. 56 % der Menschen leben in Gauteng, Kwa Zulu Natal und Western Cape.

### Altersstruktur:

0 - 14 Jahre: 28 %; 15 - 24 Jahre: 16 %; 25 - 49 Jahre: 39 %; 50 - 64 Jahre: 11,1 %; 6 % der Menschen sind älter als 65 Jahre.

### Bevölkerungsgruppen:

81,4 % sind Schwarzafrikaner, 8,2 % Coloured People, 7,3 % Weiße (3,7 % weniger als 1996) und 2,7 % der Menschen sind indischer/asiatischer Abstammung.

### Bildung und Ausbildung:

Rund 45 % der weißen Schulabgänger und ca. 20 % der indisch- bzw. asiatisch-stämmigen Jugendlichen setzen ihre Ausbildung an Universitäten fort; die Anteile der Studierenden aus den schwarzen und *coloured* Bevölkerungsgruppen ist mit 11,5 % relativ deutlich niedriger.

### Haushalte:

17,8 Mio. (1996 = 9 Mio.) davon in Gauteng (rd. 5,3 Mio.) und Kwa Zulu Natal (rd. 2,9 Mio.), fast die Hälfte der Haushalte landesweit (8,1 Mio.) befinden sich in erschlossenen Wohngebieten: 88,5 % (1996 = 65,1 %). Landesweit ist das Verhältnis von Frauen und Männer bei den „Haushaltsvorständen“ ausgewogen; in Kwa Zulu Natal, im Eastern Cape und in Limpopo ist der Anteil der von Frauen geführten Haushalte höher.

### Basis-Dienstleistungen:

Mehr als 80 % der Haushalte haben direkten Zugang zu Leitungswasser. 9 % der Haushalte erhalten Wasser über zentrale Wasserstellen. 6 % der Haushalte sind auf die Versorgung durch Tankwagen angewiesen.

### Sanitärausstattung:

Im Western Cape (94 %) und in Gauteng (90 %) sind Wasserspül-Toiletten weit verbreitet; in Kwa Zulu Natal liegt der Anteil bei 59 %, die Anteile der Chemischen Toiletten bzw. Latrinen ist entsprechend hoch; in Limpopo liegt deren Anteil sogar noch bei rd. 60 %.

### Abfallentsorgung:

Abfälle werden im Western Cape und in Gauteng regelmäßig und zufriedenstellend entsorgt; in den anderen Provinzen ist dies nur zwischen 35 % und 60 % der Fall.

### Elektrizitätsversorgung:

Die Infrastruktur (unabhängig von der unzuverlässigen Stromlieferung) ist landesweit zu 95 % ausgebaut (1996 = 58 %). Bei der Entgegennahme des Censusberichts am 10. Oktober 2023 betonte Präsident *Cyril Ramaphosa* die zentrale Bedeutung verlässlicher Daten für die Prioritäten der Regierungsarbeit. So zeige der Census zwar bedeutende Fortschritte aber auch den dringenden Handlungsbedarf, dem sich die Politik auf allen Ebenen des Staates widmen müsse. Insoweit sei der Census Ermutigung und Mahnung zugleich.

## Kleinere Parteien im südafrikanischen Wahlkampf 2024 – Eine Auswahl

Von Hans-Werner Bussmann, Berlin

In der gegenwärtigen Legislatur des südafrikanischen nationalen Parlaments sind 14 Parteien vertreten, nachdem sich 48 im Jahr 2019 zur Wahl gestellt hatten. Diese aus deutscher Sicht ungewöhnliche Parteienvielfalt ist darauf zurückzuführen, dass die südafrikanische Verfassung für die Wahlen zum nationalen wie zu den Provinzparlamenten ein uneingeschränktes repräsentatives Wahlrecht vorsieht. Folglich sind derzeit zwei Parteien, die einen Stimmenanteil von lediglich 0,19 bzw. 0,18 % erzielten, mit einem Abgeordneten in einem der Parlamente vertreten.

Die nächsten Parlamentswahlen auf nationaler wie auf Provinzebene sind im Zeitfenster zwischen April und August 2024 vorgesehen. Dabei wird mit einer noch größeren Zahl von Parteien gerechnet, die sich zur Wahl stellen. In den meisten Umfragen wird derzeit angenommen, dass die regierende „Dreier-Allianz“ aus *ANC / Südafrikanischer Kommunistischer Partei* und *COSATU* (Gewerkschaftsdachverband) mehr oder weniger deutlich unter die 50 % Marke fällt.

Den „kleineren Parteien“ kommt daher eine noch größere Bedeutung zu. Sie alle vorzustellen, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Ich beschränke mich daher auf die m.E. aussichtsreichsten. Das bedeutet auch, dass nicht alle Parteien vorgestellt werden, die sich zur sog. „Multi-Party-Charter for South Africa“ (s.u.) zusammengeschlossen und gemeinsam große Ambitionen haben.

In ihren Kernaussagen stimmen die Wahlprogramme sämtlicher Parteien, die zur *Multi-Party Charter* gehören, aber auch das von der nicht dazu gehörenden „*Rise Mzansi*“, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, weitgehend überein:

- Stärkung der Demokratie
- Wirtschaftswachstum / Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verbesserung von „service delivery“, also öffentlicher Dienstleistungen

- Verbesserung der Gesundheitsfürsorge
- Beibehaltung, möglichst Verbesserung der sozialen Hilfen
- Verbesserung der öffentlichen Sicherheit
- Drogen- und Korruptionsbekämpfung

Auf diese Themen wird daher in den Einzel Darstellungen nur dann eingegangen, wenn die Wahlprogramme dazu signifikante Aussagen enthalten.

### ActionSA



Vom früheren Johannesburger Bürgermeister *Herman Mashaba* nach seinem Austritt aus der *Democratic Alliance* (möglicher Hintergrund: Zerwürfnis mit *Helen Zille*) im August 2020 gegründet. Ziel der Partei: „Südafrika aus den Fesseln eines gescheiterten politischen Systems zu befreien und eine prosperierende, nicht-rassistische Zukunft für alle Bürger zu sichern“. Vorrangige Ziele: bessere Bildung, ethische Führung, Stärkung des Rechtsstaats. Von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird vor allem die Forderung nach einer strengeren Immigrationspolitik. Die unkontrollierte Einwanderung aus dem gesamten Subsahara-Afrika belastet das Sozialsystem und habe negative Folgen für die Wirtschaft (insbesondere stetiger Anstieg der Arbeitslosigkeit, Verdrängung von Südafrikanern im Dienstleistungsbereich). Dem Parteivorsitzenden *Herman Mashaba* werden fremdenfeindliche Parolen und Verdrehung von Fakten vorgeworfen. Die Partei hat inzwischen landesweit Untergliederungen und einen Jugendverband geschaffen. Ihr sind viele enttäuschte Politiker der *DA* und des *ANC*, vor allem auf kommunaler Ebene beigetreten. Stimmenprognose in derzeitigen Umfragen: 4 % bis 5 %.

### Freedom Front plus (FF+)



Hauptziel: Abschaffung der „affirmative action“ in Form des „*Broad Based Black Economic Empowerment*“ (*BBBEE*), womit u.a. die bevorzugte Behandlung von Nicht-Weißen bei Einstellungen, in Aufsichtsgremien auf staatlicher Ebene und im Privatsektor gemeint ist, die bei staatlichen Aus-

schreibungen eine wichtige Rolle spielen. Von Unternehmen werden sie als Belastung empfunden, die nur der Privilegierung einiger gut (vor allem parteipolitisch) vernetzter Individuen diene. An deren Stelle sollen leistungs- und kenntnisbezogene Einstellungskriterien treten. Ferner Absage an die entschädigungslose Enteignung von Land, Schutz von Minderheiten und in bestimmtem Umfang Ausübung von Selbstbestimmungsrechten (der Afrikaner und der Farbigen vor allem im Westkap). Die *FF+* wendet sich auch gegen die Russland-freundliche Neuorientierung der südafrikanischen Außenpolitik und die Vermeidung der Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine und unterstützt das Selbstverteidigungsrecht Israels vollumfänglich. Gründung 1994, Vorsitzender: *Pieter Groenewald*. Derzeit 6 Abgeordnete im nationalen Parlament (2019 und 2009: je 0). Stimmenanteil: 2 %.

### Inkatha Freedom Party (IFP)



Sie hat noch kein Wahlprogramm für 2024 verabschiedet. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Partei auch unter ihrem neuen Vorsitzenden

*Velenkosini Hlabisa* die politische Linie des kürzlich verstorbenen Gründers und langjährigen Vorsitzenden *Mangosuthu Buthelezi* beibehält.

Sie hat schon immer die Interessen der Provinz Kwa-Zulu Natal und ihrer mehrheitlich der Volksgruppe der Zulu angehörenden Bevölkerung an die erste Stelle gesetzt. Auch für den Gesamtstaat fordert sie die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger, insbesondere bei der Arbeitsbeschaffung und hier vornehmlich für Ungelernte. Sie hebt die Bedeutung der Staatsbetriebe (*State Owned Enterprises, SOE*) für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes hervor. Ferner fordert sie von der Zentralregierung die rasche Beendigung der Auftragsmorde, hinter denen der regionale *ANC* vermutet wird, der mit einem deutlichen Rückgang der Unterstützung in der Provinz zu kämpfen hat. Die *IFP* will wieder (wie bis 2005) stärkste Kraft in Kwa Zulu-Natal werden. Vorsitzender: *Velenkosini Hlabisa*, derzeit 14 Abgeordnete (2014: 8, 2009: 10). Stimmenprognose: 6 % -7 %

## Rise Mzansi

(übersetzt „Südafrika erwache!“)



Sie wurde im April 2023 von *Songezo Zibi*, dem früheren Chefredakteur der angesehenen Wirtschaftszeitung *Business Day* gegründet. Hervorgegangen aus dem sog. „*Rivonia Circle*“, einer seit 2022 bestehenden „Denkfabrik“ vor allem mittelständischer, liberaler Südafrikaner/innen, darunter auch einer Reihe ehemaliger nicht-weißer *Democratic Alliance* Politiker. Anders als die anderen Neugründungen, die zumeist einen „top down“ Ansatz verfolgten, hat diese Partei eine dreitägige „*People’s Convention*“ zur Erarbeitung des Wahlprogramms durchgeführt, an der neben Parteimitgliedern auch zahlreiche geladene Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und „einfache“ Bürger teilnahmen, die ein „*People’s Manifesto*“ erarbeitet haben.

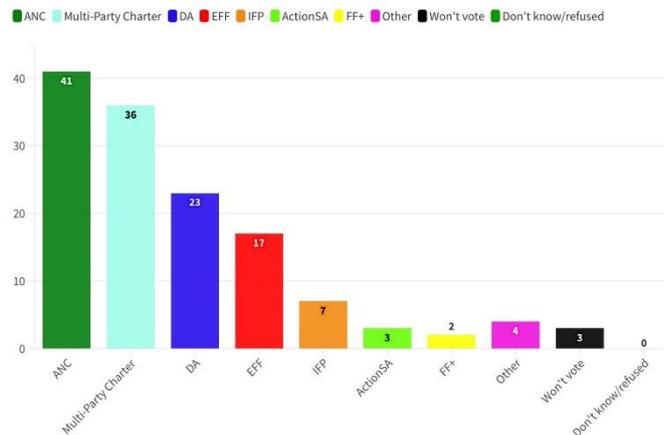
Deren Interessen und nicht die des südafrikanischen „politischen Establishments“ bestimmen das Wahlprogramm und die künftige Politik der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei. Allerdings ist die Veröffentlichung des Manifests überfällig. Vorsitzender: Zongezo Zibi. Prognose: nicht möglich, da noch keine Umfrageergebnisse vorliegen.

## Ein Bündnis der Opposition – Multi-Party Charter

Die Parteien *Action SA* – *African Christian Democratic Party* – *Democratic Alliance* – *Freedom Front plus* – *Independent SA National Civic Organisation* – *Inkatha Freedom Party* – *Spectrum National Party* – *United Independent Movement* haben sich auf ein Wahlbündnis verständigt. Diese *Multi Party Charter*-Mitgliedsparteien haben sich zusätzlich zu den eingangs aufgeführten Kernthemen u.a. auf folgende Prioritäten geeinigt:

- offene Marktwirtschaft
- effektive Kriminalitätsbekämpfung auf allen Ebenen, insbesondere der organisierten Kriminalität
- qualitativ hochwertige Bildung für alle
- erstklassige Infrastruktur
- bessere Gesundheitsversorgung

Brenthurst Foundation 2024 general election survey



Source: Brenthurst Foundation

Folgende Prinzipien wollen sie ihrer Regierungsführung zugrunde legen:

- Beachtung von Verfassung, Rechtsstaatsgrundsätzen und der Gleichheit vor dem Gesetz
- Dezentralisierung
- transparente Regierungsführung
- Null-Toleranz bei Korruption im öffentlichen Sektor
- faktenbasierte Politik
- Überwindung von Rassismus und Tribalismus

Ferner wollen sie die praktische Regierungsführung u.a. ausrichten auf:

- Verkleinerung des Kabinetts
- Ernennung von Ministern und Spitzenbeamten auf Grund ihrer Befähigung und bisherigen Leistungen
- keine Entsendung von Parteimitgliedern ohne entsprechende Kenntnisse, Leistungsfähigkeit („deployment“)
- Kabinettsoll die Diversität Südafrikas in allen Aspekten verkörpern

Das Bündnis versteht sich als „game-changer“, das grundlegende Änderungen, vergleichbar mit dem Aufbruch im Jahr 1994, bewirken soll. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Koalitionen in südafrikanischen Metropolen in den letzten Jahren (u.a. Johannesburg, Tshwane/Pretoria, Nelson Mandela Bay, Ekurhuleni) wird im Vorwahlkampf auf die Vertrauensbildung unter den beteiligten Parteien Wert gelegt. Dazu gehörte auch eine gemeinsame Reise hochrangiger Parteivertreter nach Deutschland, um sich mit unseren Erfahrungen mit Koalitionen seit den 1950er Jahren vertraut zu machen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit kann davon ausgegangen werden, dass es die Parteien, die sich auf die *Multi-Party Charter* verpflichtet haben, bei den Wahlen zum nationalen Parlament nicht schaffen werden, die absolute Mehrheit zu erlangen und damit die Regierung zu stellen.

Anders sieht es bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Provinzparlamenten im Westkap (wo die *DA* 2009 mit Hilfe einer Vielparteien-Koalition den *ANC* dauerhaft aus der Regierung verdrängte), in Gauteng und Kwa-Zulu Natal aus. Bemerkenswert ist allerdings, dass die *DA* kurz nach der Gründung des Bündnisses zu erkennen gab, dass sie bei einem entsprechenden Wahlergebnis auch allein eine Koalition mit dem *ANC* eingehen könnte.

Letztlich wird es darauf ankommen, wie tief der *ANC* unter die 50 % Schwelle sinkt, ob er sich mit den *Economic Freedom Fighters* verbindet (was allerdings von vielen *ANC*-Mitgliedern abgelehnt wird) oder ob das Wahlergebnis eine *ANC/DA*-Koalition erlaubt (was zu einer Spaltung des *ANCs* führen könnte) oder ob es für eine Koalition zwischen dem *ANC* und den Parteien der *Multi-Party Charter* reicht.

Den Südafrikanern steht ein harter Wahlkampf und mit großer Wahrscheinlichkeit eine schwierige Regierungsbildung bevor (vergleiche hierzu auch den Beitrag von Brian Currin in dieser Ausgabe).

Eines steht jedoch fest: der Wahlausgang und die Zusammensetzung der daraus hervorgehenden Regierung werden nach dem wahrscheinlichen Ende der *ANC*-Alleinherrschaft über die Zukunft des Landes entscheiden, das angesichts der enormen ungelösten Probleme in allen wichtigen Sektoren am Scheideweg steht.

## **Democracy in a Multi-Party System: The Future of Coalition-Government in South Africa**

*Von Brian Currin, Swellendam*

### **The Context**

In August of 2023, seven (now eight) of South Africa's opposition political parties announced their joint signing of a landmark pre-election coalition agreement. The "Multi-Party Charter 2024" ("the Charter") is the first of its kind, bringing together in a purposefully structured way, opposition parties with one shared goal; to oust ANC from power when the country goes to the polls for national and provincial elections in 2024.

Whilst the eight member parties to the Charter will continue campaigning independently of one another in preparation for the elections, the intended and real impact of the power-sharing agreement will only be seen once elections have concluded. Each political Party's participation in the Charter will be transparent during campaigning so that voters will know they are not only voting for their political party of choice, but also voting for a possible future coalition to oust the ANC from power. Should the Charter collectively receive sufficient cumulative votes, the member parties have agreed upfront to share power at both national and provincial levels.

This initiative sends a powerful message to the electorate; South Africa is in a crisis and extraordinary measures are crucial. Zero economic growth, a national energy crisis necessitating rolling blackouts, so-called 'load shedding', endemic corruption by government officials, unprecedented violent crime, a mafia state, failing infrastructure, in particular freight rail and ports, all of which signify a failing state. The result, a steep decline in confidence in the ruling party.

Notwithstanding the ANC's fast-declining popularity and legitimacy, there is, remarkably, no single opposition party that has any prospect of defeating the ruling party in next year's national election, which emphasises the need for a functioning coalition in South Africa.

### **Coalitions in South Africa**

The concept of coalition politics is not new to the country. At a national level, the 1994

Government of National Unity was a grand coalition. At a local metropolitan level, twelve years later, in 2006 it was through a multiparty coalition of six parties that the Democratic Alliance (DA) first gained power in Cape Town in 2006, which eventually led to their success as the governing party in the Western Cape.

Why did these coalitions work? The need for national reconciliation and political stability created the perfect environment for the 1994 grand coalition. At a municipal level in Cape Town in 2006 the DA, through meticulous coalition management and an effective internal conflict resolution mechanism, motivated by a belief that the ANC could be unseated, managed to bring together six other diverse minority parties to form a stable local government, albeit with a small majority of three seats.

### **Challenges for Coalitions in the Future**

Regrettably, the above conditions and sentiments which enabled coalitions in the past are largely absent today. The current challenges to workable coalitions are extensive and diverse; with a few exceptions on the periphery, a dearth of quality political leadership where it is most needed; a largely corrupt political elite in national and provincial government, embedded in self-interest rather than serving the people they represent; a politically vulnerable ANC fearful of losing power and seemingly incapable of making decisions that would best serve South Africa; until recently, fragmented opposition parties and; as in other parts of the world, growing populism in the voice of the Economic Freedom Fighters (EFF) bereft of any principles or moral code, injecting into the soul of the country fear, racism and polarisation; all things that are the antithesis of nation building.

A further factor that undermines successful coalition politics is the emergence of numerous small weak political parties who, as self-appointed kingmakers, fast track themselves into positions of power by selling their souls to the highest bidder. An additional aggravator against strong coalitions is South Africa's history of having a dominant party in power for almost 30 years; since the birth of post-apartheid democracy and freedom. There are some within the ruling party who genuinely

believe that the ANC is the only political party with the legitimacy to govern the country. This belief and attitude engenders a culture of treating opposition parties as the enemy, instead of fellow South Africans and colleagues in politics. Unsurprisingly, opposition parties reciprocate with equal disdain and distrust of the ruling party.

This adversarial political culture nurtures values which are the antithesis of the ideal values for coalition building; openness to good faith deliberation and compromise and, importantly, the willingness to prioritise collective and national interests over individual party interests.

### **Coalition Building**

The "Multi-Party Charter 2024" leaders appear to be acutely aware of the challenges facing coalitions in that they have strategically structured their coalition agreement accordingly. By transparently collaborating, negotiating and then agreeing to the terms of coalition governance, they are defying the narrative of a fragmented opposition and recognising that it is in their collective interest to work together.

Putting aside the "Multi-Party Charter 2024" a question to be answered is whether, if in the interests of South Africa, it would be possible for the leading opposition party, the Democratic Alliance, and the Africa National Congress to overcome many of their differences and work together in the greater interests of South Africa. Interestingly the ANC Veterans have, in their response to collaboration between Gauteng ANC leadership and EFF leadership, stated unequivocally that they would rather support an ANC / DA collaboration. There are also constant rumours of secret talks between the ANC and the DA. One of the greatest fears in the minds of many South Africans would be an ANC / EFF coalition, which would inevitably move the ANC inextricably away from the values of its founding fathers (and mothers) and South African's greatest symbol of peace, reconciliation and nation building, Nelson Mandela.

If political parties are able to address and find resolutions to South Africa specific coalition challenges, the next major hurdle, which is common to all countries, is policy diversion. In South Africa, there is a very

small window after elections for parties wishing to form coalitions, to agree on key policy aspects. In anticipation, it is encouraging to note that the member parties to the Charter have already agreed on a broad set of policies in advance of the elections, which would inform the Charter coalition's decisions as far as the 2029 general elections, indicating that the Charter is planning for the long term. They have also appointed an independent chairperson to ensure that no particular party dominates the conversation and actions of the coalition. In opting to make the signing of the Charter a public affair, member parties are asking the public to hold them accountable.

Although success or failure of this coalition initiative may in the long term be a contributing factor to South Africa's future democratic dispensation, its significance for the moment is its illustration that stable coalition building appears to be a possibility.

## Enabling Environment for Successful Coalitions

Possible interventions to enhance success could include:

- Legislative intervention, for example by stipulating coalition rules and codes of conduct. Regrettably, the process of drafting, approving and implementing legislation is long and tedious, so any hope of there being legislative intervention before the 2024 elections is remote.
- Establishing a system to help manage differences and conflict is key to maintaining stable coalitions. Formal coalition agreements need to be meticulously considered in order to record joint, transparent, published commitments on what coalitions aim to deliver, and in that way, foster accountability to the electorate.
- Engaging party members of coalition partners in the decision-making processes in entering into coalitions. This will help obviate the danger of dominant top down political negotiations which invariably leads to compromise among political elites with the exclusion of voters they are meant to represent.

Interestingly, the national government, led by Deputy President Paul Mashatile, has

embarked on a national dialogue with political parties, civil society and international partners on coalition governments. The objective is to create mechanisms that will ensure coalitions focus less on power plays and differences between parties and politicians, and more on service delivery, which will benefit the citizens of the country.

## Conclusion

It seems increasingly likely that the national government and some provincial governments may be coalitions in 2024. Not only will failure to create an enabling environment for workable coalitions negate their prospects for success, weak government at the national level will undoubtedly severely hamper the country's ability to slow down and in turn stop its decline towards a failed state. There can be no doubt that the 2024 elections are a make-or-break point for the country, but with unreliable polling, the results will remain uncertain until the ballots are cast.

*Einige DeSaFor-Mitglieder sind unserer Einladung gefolgt und haben sich am 27.10.2023 mit Brian Currin während seines Deutschlandaufenthaltes zu diesem Thema ausgetauscht.*

## Südafrika und das AGOA Forum – Kursänderung notwendig?

*Von Klaus Brückner, Berlin*

Es gab im Vorfeld einige Zweifel, ob die USA der Einladung Südafrikas als Gastgeber zum Jahrestreffen der vom *African Growth and Opportunity Act Forum (AGOA Forum)* begünstigten Subsahara-Staaten Anfang November nach Johannesburg folgen werden. Schließlich hat Südafrika eine in den Augen der US-Regierung umstrittene Haltung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingenommen und zudem jüngst den Terrorangriff der Hamas auf Israel als Akt einer befreundeten Befreiungsaktion gegen den „Apartheidstaat Israel“ gefeiert. Zudem hatte zu Jahresbeginn die vom US-Botschafter in Südafrika geäußerte Vermutung, das unter Sanktionen stehende russische Schiff, „Lady R“ habe im Hafen von *Simon's Town* bei einem dubiosen nächtlichen Manöver

möglicherweise Waffen für die russische Armee geladen, in den USA massive Irritationen- und in Südafrika Befürchtungen ausgelöst. Da aber weder die von Präsident Ramaphosa berufene Untersuchungskommission Beweise fand noch der US-Botschafter Belege für seine Behauptungen vorlegte, konnten die Vorwürfe von beiden Seiten *ad acta* gelegt werden.

So konnte sich Südafrika dem drohenden Ausschluss von der AGOA-Begünstigung zunächst entziehen und seine Rolle als Gastgeber des diesjährigen Treffens des Forums sichern.

Die USA zeigten jedoch am Vorabend des dreitägigen Treffens in Johannesburg Anfang November, dass sie die Achtung der Menschenrechte und weiterer Kriterien als zentrale Förderbedingung ernst nehmen. Sie strichen unmittelbar vor der Konferenz vier Staaten von der Liste der Begünstigten: Gabun und Niger als Diktaturen und Uganda sowie die Zentralafrikanische Republik wegen Missachtung demokratischer Prinzipien. Das Treffen wurde von massiven öffentlichen Protesten gegen die amerikanische Unterstützung Israels bei den Vergeltungsmaßnahmen gegen die Hamas in Gaza begleitet. Die Verhandlungen wurden jedoch davon ebenso wenig gefährdet wie von der Kritik einiger US-Abgeordneter an der Rolle Südafrikas bei BRICS und der engen Zusammenarbeit mit China und Russland.

Im Gegenteil: Am Ende bekräftigten die von dem AGOA-Handelsabkommen mit den USA begünstigten Staaten die besondere Bedeutung dieses innovativen Instruments gerade auch in Zeiten erhöhter Risiken in den internationalen Handelsbeziehungen und bei den globalen Lieferketten und erklärten ihre feste Absicht, das Abkommen vor seinem Auslaufen im Jahr 2025 zu erneuern.

AGOA bietet den teilnehmenden förderfähigen Ländern Subsahara-Afrikas große Vorteile, weil sie viele Produkte ohne jede Gegenleistung zollfrei in die USA exportieren können. Zusammen mit einer stärkeren Nutzung der *Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA)* können so die Skaleneffekte eines stärkeren innerafrikanischen Handels in Wert gesetzt und neue Exportmärkte erschlossen werden. Ebenso übereinstimmend sprach sich das AGOA-Forum für längere Vertragslaufzeiten und Fortschrittsüberprüfungen im

Abstand von drei Jahren aus. Dies folgt auch der Einschätzung, dass „*AGOA noch kein Game-Changer für den Kontinent*“ sei. Der demokratische Senator *Chris Coons* legte nach seiner Rückkehr von den Verhandlungen in Johannesburg einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der eine Verlängerung von AGOA über 2025 hinaus bis 2041 vorsieht. Zudem schlägt er vor, die AGOA-Ursprungsregeln so zu ändern, dass Vorleistungen aus nordafrikanischen Af-CFTA-Mitgliedstaaten zugelassen werden. Wirtschaftlich erstarkende Mitgliedsländer sollen ihr Teilnahmerecht verlieren, wenn sie fünf Jahre in Folge ein höheres Einkommen erzielen. Insgesamt wäre dies auch und gerade für Südafrika sehr positiv. Jedoch: Senator *Coons* will Südafrikas Förderungswürdigkeit unverzüglich überprüfen und strebt einen Ausschluss des Landes im Jahr 2025 an und kann dabei wohl mit einer breiten überparteilichen Zustimmung im US-Kongress rechnen. Südafrikas Haltung zum russischen Einmarsch in die Ukraine findet dort ebenso wenig Verständnis wie die bedingungslose Unterstützung der Hamas als „Befreiungsorganisation“.

Für Südafrika und seine Regierung ist das eine Gratwanderung - mit seinem Verständnis als „blockfreies“ BRICS-Mitglied und seiner Haltung gegenüber dem Partner Russland in diesem Bündnis, aber auch als Hüter des politischen Vermächtnisses von *Nelson Mandela*, der „sein befreites Südafrika“ am 4. Dezember 1997 anlässlich des von der UN ausgerufenen Welttages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk (29. Nov.) öffentlich ermahnte: „*Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit unvollständig ohne die Freiheit der Palästinenser ist.*“

Die südafrikanische Regierung wird zunehmend gedrängt zu erklären, wie sich die Orientierung an ideologischen und politischen Prinzipien mit einer dringend gebotenen Wahrnehmung der Eigeninteressen eines von Ungleichheit gebeutelten Landes und seiner Menschen vereinbaren lässt. Die wichtigsten Abnehmer südafrikanischer Produkte sind jedenfalls die USA, Deutschland und Japan, gefolgt von Großbritannien und den Niederlanden (insgesamt rd. 33 % des südafrikanischen Exportvolumens).

## **Introduction of the new Deputy Head of Mission, South African Embassy, Berlin**

By introducing myself, I have to start by saying that it is a great honour and privilege to have been posted to Berlin by the South African Department of International Relations and Cooperation (DIRCO). Everybody would know that South Africa and Germany has a solid and ever-expanding relationship that demands a lot of attention from our Embassy staff in Berlin, but also in Munich where we have a Consul-General.

Having had the honour of serving in Tunisia, where we opened the Embassy during the wonderful “honeymoon period” of the late President Mandela, then New York, serving in the South African Permanent Mission to the United Nations, and with my last posting in Stockholm, Sweden, it is now our privilege to call Berlin our home for the next four years.

Serving in Berlin comes with enormous responsibilities. South Africa is Germany’s largest trade partner in Africa, with Germany being the 5th largest investor in SA, and being South Africa’s 3rd largest market (largest in Europe) with record SA exports to Germany of €14.3bn in 2022.

Our political relations are also solid, and expanding, with the recently held Binational Commission that focused on seven themes that include a focus on Foreign and Security Policy; Economy, Energy, Environment and Climate; Development Cooperation; Agriculture; Science and Technology; Arts and Culture and Labour, Social Affairs and Vocational Training.

When I speak to the fact that serving in Germany comes with a heavy responsibility, it simply reflects the reality that our two Governments are investing strongly in mutual beneficial relationships, that would benefit the peoples of our two countries. Ambassador Stone Sizani, under whose leadership I have the privilege to serve, has made it very clear that the Embassy is here to serve and support our government,

while promoting South Africa’s interest in a manner that should make South Africans proud, but also to send a strong message to our host country that we value our bilateral relations.

My task then at the Embassy is to support Ambassador Sizani in executing the myriad of organisational requirements imposed when managing an Embassy, but also to improve not only official government-to-government relations, but also people-to-people relations. I am amazed to see the number of ongoing projects where Germans and South Africans are engaging directly, and which helps to build solid relations, even at grassroots levels. Germany and South Africa have so many things in common that it makes the task of people-to-people relations fairly easy.

No relationship is perfect, and South Africa and Germany don’t always agree on everything, but we have solid structures and open channels of communication where such differences could be discussed.

It is my hope that during my term in Berlin I would be able to contribute to our healthy bilateral relations in a manner that will expand them, but also in a way that will contribute to the goals of DeSaFor of supporting exchange and cooperation that will contribute to more mutual and trusting cooperation.

We live in a very challenging global environment characterized by mis- and disinformation, that often contributes to fear and mistrust. The only way to overcome these challenges is to allow for proper and respectful dialogue, something I would like to contribute to.

While still studying German, please allow me to greet you by saying:

*Meine Frau und ich freuen uns darauf, Deutschland und seine Menschen kennenzulernen und unsere Zeit in Berlin zu genießen.*

**Andries Oosthuizen**

Deputy Head of Mission,  
Botschaft Südafrika